

Die Falschüberweisung

Bankrecht/Kapitalanlagerecht

Erstaunliche Unsicherheit herrscht noch immer bei der Frage, wie eine **Zuvielüberweisung** der Bank zu behandeln ist. Kann die Bank gegen den Zahlungsempfänger vorgehen, dem Sie zu viel gezahlt hat, oder muss sich die Bank an Ihren Kunden (Anweisenden) halten? (Die Fälle der Zuwenigüberweisung sollen einem gesonderten Beitrag vorbehalten werden!). Schließlich darf die Beantwortung der Frage nicht übersehen werden, was sich „anschließend“ im Verhältnis des Schuldners (Anweisenden) zum Empfänger des Geldes (Zahlungsempfänger) abspielt (Valutaverhältnis, im Unterschied zum Deckungsverhältnis zwischen Bankkunden und Bank!). Die Bank ist dabei immer die Angewiesene! Folgender Fall soll dies verdeutlichen. Es wird dabei immer eine Grundregel und eine Ausnahme geben, also insgesamt vier Regeln!

Fall 1: Der Bankkunde erteilt eine Weisung an seine Bank, jetzt noch 4.000 € als letzte Schlussrate auf einen Vertrag, (der normalerweise eine Schlussrate von 6.000,- € vorsieht). an einen Dritten (Zahlungsempfänger) zu zahlen/überweisen. Fehlerhaft überweist die Bank (Fehler der Bank!) dann 6.000,- € an den Dritten! /Zuvielzahlung). Kann die Bank die zu viel gezahlten 2.000,-€ vom Dritten zurückverlangen? Ist es dabei erheblich, dass der Anweisende nach Vertrag mit dem Dritten(Zahlungsempfänger) ja noch 6.000,- € schuldet?

Lösung: Die Bank kann die Zuvielzahlung nicht beim (gutgläubigen) Dritten zurückholen! Vielmehr muss sich die Bank an ihren Kunden, den Anweisenden, halten! Mit dem Zahlungsempfänger hat die Bank keinen (einschlägigen) Vertrag. Dieser existiert nur mit dem Anweisenden/Bankkunden! Zwar ist die Bank entreichert und der Zahlungsempfänger/Dritter bereichert. Gleichwohl darf die Bank nicht den Dritten wegen ihres Bereicherungsanspruchs verklagen! Dies folgt aus der Privatautonomie, wonach der Bankkunde sich seine Bank aussucht (oder umgekehrt, die Bank sich ihren Kunden aussucht), jedenfalls in der Regel kein privatautonomer Vertrag der Bank mit dem Zahlungsempfänger besteht! Es liegt also eine Leistung der Bank im Verhältnis zum Bankkunden vor. Hält man sich diese Grundregel einmal vor Augen, wird einem die bereicherungsrechtliche „Abwicklung“ plausibel.



0800 / 3 222 444
(K O S T E N L O S A N R U F E N)

www.anwalt-auswahl.de

Ausnahme: Ausnahmsweise kann sich die Bank direkt an den Dritten wegen ihres Bereicherungsanspruchs „in sonstiger Weise“ halten, wenn es an einer wirksamen Anweisung überhaupt fehlt, und zwar egal, ob der Dritte/Zahlungsempfänger den Mangel der Anweisung kannte oder nicht kannte und ob er nach dem Vertrag mit dem Anweisenden/Bankkunden von einem Anspruch ausgehen durfte oder nicht! (vgl. hierzu BGH NJW 2008, 2331 und zur Kritik BGH NJW 2008, S. 2332). Gleichgestellt sind die Fälle der Fälschung oder Verfälschung eines Überweisungsauftrags, eines Schecks oder Wechsels, der Geschäftsunfähigkeit oder mangelnden Vertretungsmacht. In all diesen Fällen fehlt der Rechtsgrund der Zahlung von Anfang an! Die Bank kann an den Leistungsempfänger dran.

Fall 2: Die Zuvielzahlung/-Überweisung der Bank beruht auf einem Widerruf der Überweisung, des Dauerauftrags oder Schecks oder einer Kündigung des Überweisungsauftrags, den die Bank irrtümlich nicht beachtet! In diesen Fällen ist die Zuvielzahlung dem Bankkunden/Abweisenden zurechenbar. Deshalb muss sich die Bank auch an ihren Bankkunden wenden und darf den Zahlungsempfänger nicht verklagen! (Ob die Bank diesen Prozess gewinnt, ist eine ganz andere Frage)

Ausnahme: Die Bank kann ausnahmsweise den Zahlungsempfänger verklagen, wenn diesem der Widerruf bekannt war. Der Zahlungsempfänger weiß in diesen Fällen, dass es an der Leistung seines Vertragspartners fehlt! All diese Fälle des Wissens des Zahlungsempfängers, das diesen bösgläubig macht, und einer Bereicherung in „sonstiger Weise“ aussetzt müssten hier gleich behandelt werden (vorsichtig BGH NJW 2008, S. 2332, vgl. auch Palandt, BGB, 67.Aufl. § 812 BGB Rdnr.51 ff.).

Merke: Zunächst ist immer der Sachverhalt, insbesondere die Beweislast und die Beweisbarkeit abzuklären, bevor man entscheidet, ob eine Leistung oder eine Bereicherung in sonstiger Weise vorliegt.

RA Kurt-Günther Geiger, Mannheim



0800 / 3 222 444
(K O S T E N L O S A N R U F E N)

www.anwalt-auswahl.de